

Harald Welzer
Klimakriege
Wofür im 21. Jahrhundert gekämpft wird
S. Fischer Verlag
Frankfurt am Main 2008
ISBN 978-3-10-089433-5

Textauszug
S. 6-8, 247-157, 261-267

Inhalt:

Ein Schiff in der Wüste.

Die Vergangenheit und die Zukunft der Gewalt 9

Klimakonflikte 18

Der Westen I 18

Die Anderen 23

Der Westen II 25

Lösungsversuche 33

Töten macht Sinn 37

Global warming und soziale Katastrophen 41

Unterkomplexität 46

Wer ist »wir«? 47

Alte Umweltprobleme 49

Klimawandel. Ein kurzer Überblick 53

Zwei Grad plus 60

Töten gestern 62

Weltuntergang 62

Verteidigen 65

Body count 68

Veränderte Wirklichkeiten 72

Töten heute 79

Das Fleisch deiner Mutter hängt zwischen meinen Zähnen 79

Der Völkermord in Ruanda 87

Gedrängtes Leben 88

Was sahen die Täter? 92

Darfur – der erste Klimakrieg 94

Kriegsökologie 100

Scheiternde Gesellschaften 101

Kollabierende Staaten 107

Gewalt und Klimawandel 110

Ungerechtigkeit und Ungleichzeitigkeit 116

Gewalt und Theorie 122

Töten morgen. Dauerkriege, ethnische Säuberungen,

Terrorismus, Auslagerung von Grenzen 126

Kriege	128
Dauerkriege	134
Gewaltmärkte	142
Anpassung	149
Ethnische Säuberungen	151
Umweltkonflikte	157
Terror	162
Terror als Transformation des sozialen Raumes	176
Blockierter Sinn	179
Aeneas, Hera, Amazon und Frontex:	
indirekte Grenzkriege	181
Die Route Marokko – Spanien	182
Lager	184
Frontex, noch einmal	186
Illegal Aliens	190
Flüchtlings- und Asylpolitik	196
Grenzen außerhalb des eigenen Territoriums	197
Rapide gesellschaftliche Veränderungsprozesse	200
Klimawandel, überlebensgroß	202
Veränderte Menschen in veränderten Wirklichkeiten	211
Shifting baselines	212
Referenzrahmen und die Struktur des Nichtwissens	218
Wissen und Nichtwissen über den Holocaust	220
Shifting baselines, anderswo	231
Die Renaissance alter Konflikte: Glaube, Klassen, Ressourcen und die Erosion der Demokratie	240
Auslagerung von Gewalt	244
Mehr Gewalt	247
Was man tun kann und was nicht I	250
Weitermachen-wie-üblich	251
Zukünftige Vergangenheiten	257
Die gute Gesellschaft	261
Repressive Toleranz	267
Eine Geschichte über sich selbst erzählen können	268

Was man tun kann und was nicht II 273

Anhang 279

Anmerkungen 279

Literaturverweise 310

Danksagung 322

Sachregister 324

Personenregister 334

(...)

Mehr Gewalt

Wir mussten die Stadt zerstören,
um sie zu retten.

US-Offizier 1968 in Südvietnam

Vor diesem Hintergrund ist der Klimawandel eine unterschätzte, bislang sogar weitgehend unbegriffene soziale Gefahr, und es scheint vorstellungswidrig, dass dieses *naturwissenschaftlich* beschriebene Phänomen soziale Katastrophen wie Systemzusammenbrüche, Bürgerkriege, Völkermorde bereithalten könnte, zumal im Augenblick, wo ja alles noch ganz in Ordnung zu sein scheint. Aber viel vorauseilende Phantasie ist gar nicht nötig, um sich das vorzustellen, lassen sich doch bereits für die Gegenwart umweltbedingte soziale Konflikte, Klimakriege und Sicherungsmaßnahmen beschreiben:

1. Klimakriege finden in Regionen und unter Verhältnissen bereits statt, in denen Entstaatlichung und die Existenz privater Gewaltmärkte den Normalzustand darstellen. Jede negative Veränderung von Umweltbedingungen in solchen Regionen öffnet weitere Gelegenheiten und Räume für Gewaltunternehmer und damit darauf, Kriege auf Dauer zu stellen und über die jeweiligen Staatsgrenzen hinaus zu tragen.
2. Folgen des Klimawandels wie Bodendegradation, Überschwemmungen, Trinkwassermangel, Stürme etc. schränken Überlebensräume und -chancen ein und vertiefen bestehende Problemlagen. Die Asymmetrie zwischen den begünstigten und den benachteiligten Ländern wächst.

3. Da Klimaveränderungen verletzbare Gesellschaften sowohl der Wahrscheinlichkeit wie der Dimension nach am tiefsten treffen, wird die Gewalt die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen anwachsen lassen, und zwar sowohl die Binnen- wie die grenzüberschreitenden Migrationen. Beides zieht weitere Gewalt nach sich.
4. Grenzüberschreitende Migrationen erreichen die Inseln der Prosperität und Stabilität in Westeuropa und Amerika und veranlassen die staatlichen Akteure zu einer Verschärfung ihrer Sicherheitspolitik und Verstärkung ihrer Sicherheitskräfte. Das führt außenpolitisch zu Grenzsicherungsstrategien, die einerseits Grenzkonflikte weiter nach außen zu verlagern suchen und andererseits die Gewaltmittel gegen Grenzverletzungen erhöhen.
5. Der mit der Globalisierung von Modernisierungsprozessen wachsende Terrorismus wird durch klimawandelbedingte Ungleichheit und Ungerechtigkeit legitimiert und verstärkt.
6. Das zieht eine kontinuierliche Erhöhung der Kontrollbedürfnisse des Staates nach sich. Freiheitsspielräume engen sich ein, während sich das monopolisierte Gewaltniveau erhöht.
7. Neue rechtsfreie Räume, wie sie im Zuge des Krieges gegen den Terror etabliert worden sind, erhöhen das Niveau staatlich exekutierter Gewalt und eröffnen gesellschaftliche Hinterbühnen jenseits rechtsstaatlicher Normen. Gewaltgebrauch wird ausgelagert; **Verbrechenstatbestände werden in das Vorfeld der Tat verlegt.**
8. Shifting baselines verändern die Problemwahrnehmung und die Akzeptanz von Lösungsvorschlägen und Maßnahmen. Normalitätsstandards und Normen verschieben sich.
9. Diese Prozesse interagieren. Wachsende Flüchtlingszahlen, verschärfte Sicherheitsanstrengungen, zwischenstaatliche Ressourcenkonflikte usw. erzeugen autokatalytische Wirkungen.
Plötzliche Umweltkatastrophen bringen die Bewältigungskapazitäten in OECD- und Schwellenländern an ihre Grenzen, in scheiternden Gesellschaften wirken sie vernichtend. Daraus resultierende Bedrohungsgefühle und Stress führen zu unvorhersehbaren Reaktionen.

Aus all dem ergibt sich ein Szenario, das die globale Figuration der Gesellschaften insgesamt trifft und unter Druck setzt; unterschiedliche Formen und Intensitäten von Spannungen und Gewaltgebrauch werden die Folge sein. Das soziale Klima ist komplexer als das physikalische, was aber nicht bedeutet, dass man Gefährdungs- und Gewalt*potenziale* nicht

bestimmen könnte, die in Zukunft wirksam werden können. Klimaveränderungen wirken in zwei Richtungen: Sie können Gewaltkonflikte hervorrufen oder bestehende Konfliktlagen vertiefen. Zudem können sie durch Interaktionen, Kumulierungen und indirekte Verkettungen *unerwartete Folgen* hervorrufen. Es ist an der Zeit, Umweltwirkungen in die Beschreibung und Analyse sozialer Konflikte einzurechnen. Die meisten Aspekte des skizzierten Veränderungsgeschehens haben das Stadium der hypothetischen Annahme längst verlassen und bestimmen bereits die Wirklichkeit von Menschen – es *gibt* Klimakriege, es wird *getötet, gestorben, geflohen*. Empirisch existiert nicht der mindeste Grund, zu glauben, dass die Welt so bleibt, wie wir sie kennen.

Was man tun kann und was nicht I

Ob *radikale Lösungen sozialer Probleme* künftig verhindert werden können, ist auch eine Probe darauf, ob Gesellschaften aus der Geschichte lernen können oder nicht. Das ist keine akademische, sondern eine politische Frage.

Allerdings kann sich politisches Denken in Zeiten globaler Gefährdung nicht an ausbuchstabierte Zukunftsmodellen orientieren, nicht nur, weil die Phantasie dazu fehlt, sondern weil sich die gesellschaftlichen Heilsversprechen des 20. Jahrhunderts als totalitäre Desaster entpuppt haben. Gerade deshalb aber ist eine Renaissance des politischen Denkens notwendig, und die muss sich in einer *Kritik jeder Einschränkung der Überlebensbedingungen anderer* erproben. Dazu wird allerdings erheblich mehr prospektives und antizipatorisches Denken nötig sein, als man in den letzten Jahrzehnten aufzubringen gelernt hat. Angesichts von Gefährdungen, deren umfassende Folgen erst in der Zukunft liegen, steuern Gesellschaften aufgrund ihrer diesbezüglichen Erfahrungslosigkeit auf neue Problemlagen zu wie ein Tanker auf den Eisberg, dem er nicht mehr ausweichen kann, auch wenn er längst schon in Sichtweite gekommen ist.

Nach allem, was in diesem Buch an sozialen Klimafolgen dargestellt wurde, sollte es nicht schwer fallen, sich vorzustellen, dass die Welt in wenigen Jahrzehnten deutlich anders aussehen wird als heute. Und es steht zu befürchten, dass sie in nicht wenigen Regionen schlechter sein wird, was die Überlebenschancen der Menschen dort angeht. Die nahe liegende Frage am Ende eines solchen Buches ist also: Was kann man tun, damit der Autor Unrecht behält?

Weitermachen-wie-üblich

Eine der vielen Handlungsmöglichkeiten ist so einfach wie naheliegend: weitermachen-wie-üblich. Diese Möglichkeit sieht ein weiteres Wachstum der Wirtschaft vor, was die fortgesetzte Nutzung importierter fossiler Energien und anderer Rohstoffe erfordert und mittelfristig zu einer systematischen Begrenzung der Hilfe- und Unterstützung jener Gesellschaften führt, die in immer größere Schwierigkeiten geraten werden. Eine solche Zukunftsstrategie nimmt beispielsweise in Kauf, dass Autobenzin immer mehr Biotreibstoffanteile beigemischt werden, um die Frist zu strecken, in der noch Erdöl verfügbar ist. Diese Strategie baut darauf, dass Regenwälder vernichtet werden, um Anbauflächen für Ölpflanzen zu gewinnen. Das ist in vielen Ländern Südamerikas und Asiens bereits jetzt der Fall¹ und geht nicht selten mit gewalttätigen Landnahmen und der Vertreibung der ortsansässigen Bevölkerung einher.

Weitermachen-wie-üblich setzt auch die wirtschafts- und außenpolitische Strategie voraus, zur mittelfristigen Versorgungssicherheit Abkommen und Verträge mit Staaten zu schließen, in denen weder Menschenrechte geachtet noch Umweltschutzstandards eingehalten werden. Und es muss in Kauf genommen werden, dass die humanitären Mittel von Kriseninterventionen mittelfristig relativ begrenzt werden, als sie es heute schon sind, weil sowohl die Zahl der Konflikte wie auch die der Flüchtlinge zunehmen und die Überlebensressourcen zugleich abnehmen werden.

Man wird daher Hilfe gezielter verteilen müssen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass man einzelne Länder und Regionen von dieser Hilfe ausschließen muss. Das alles sind keine Vorgänge, die sich auf der Vorderbühne gesellschaftlichen Lebens abspielen, sie gehören zum Verflechtungszusammenhang im Hintergrund, insofern haben negative Maßnahmen dieser Art kein Skandalisierungspotenzial und werfen keine politischen Handlungsprobleme auf.

Eine solche Strategie kann also solange als rational betrachtet werden, bis die Folgen des Klimawandels aufgrund steigender Emissionen auch die vorerst wenig betroffenen Länder in starke Mitleidenschaft ziehen – sei es durch Umweltfolgen im engeren Sinne oder durch die wirtschaftlichen Resonanzwellen, die durch Kriege und Konflikte in anderen Teilen der Welt, durch Terrorismus und durch wachsenden Migrationsdruck entstehen. Oder durch Konflikte,

¹ Auf den indonesischen Inseln Sumatra und Borneo wurden bislang etwa fünf Millionen Hektar Regenwald in Anbauflächen für Palmöl verwandelt, meist durch Brandrodung. Dabei wird jährlich bis zu einer Milliarde Tonnen CO₂ freigesetzt, etwa 15 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen (siehe <http://www.umweltschutz-news.de/266artikel1376screenout1.html?besucht=66eceb92>). Hinzu kommt, dass Biosprit ökologisch kontraproduktiv ist: Er ist klimaneutral, was Kohlendioxid betrifft, nicht aber hinsichtlich der Emission von Distickstoffoxid – der Treibhauseffekt ist bei Rapsdiesel im Vergleich zu herkömmlichem Diesel etwa 1,7mal so groß (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 2. 10. 2007, S. N1).

die innergesellschaftlich aus dem Problem resultieren, dass den kommenden Generationen die Lebenschancen verwehrt sind, die die Verursachergenerationen genießen konnten. Aber das kann noch ein paar Jahrzehnte gut gehen, und für heute lebende Personen mittleren Lebensalters, die ja auch die Kerngruppe der Funktionseliten bilden, kann weitermachen-wie-üblich alles in allem als rationalste Handlungsstrategie gelten. Eine solche Strategie scheint auch deshalb elegant, weil sie keine moralischen Probleme aufwirft – denn hier handelt ja mit dem Nationalstaat kein individueller, sondern ein repräsentationaler Akteur, und in Handlungszusammenhängen zwischenstaatlicher Natur sind individuelle Verhaltenskategorien wie Selbstsucht, Rücksichtslosigkeit, Indolenz irrelevant. Jeder Staat kann als Akteur ein Schwein sein, ohne dass dies an seiner Verhandlungsmacht im internationalen Verflechtungszusammenhang auch nur das Geringste ändern würde.

Würde man sich die Strategie des Weitermachen-wie-üblich herunterdekliniert auf die Ebene eines Individuums vorstellen, hätte man dagegen sofort eine soziopathische Person vor Augen, die nicht das mindeste Problem damit hat, das 70-fache² aller anderen Personen zu verdienen und trotzdem in erheblichem Umfang deren Rohstoffe zu konsumieren, die deshalb das 15-fache an Energie, Wasser und Nahrungsmittel verbraucht und im Vergleich zu weniger begünstigten Personen das 9-fache an Schadstoffen wieder an die Umwelt abgibt. Diese soziopathische Person ist darüber hinaus kategorisch uninteressiert an den Lebensbedingungen ihrer Kinder und Enkel und nimmt bei all dem in Kauf, dass wegen ihm und seinesgleichen weltweit 852 Millionen Menschen Hunger leiden und über 20 Millionen auf der Flucht sind.

Einen solchen Menschen würde man nach allen normativen Kriterien für sozial nicht integriert halten, einfach gesprochen für einen gefährlichen Schmarotzer, dem besser heute als morgen das Handwerk gelegt gehörte. Da kollektive Akteure aber keinen Zurechnungen moralischer Art unterliegen, weil hier lediglich Repräsentanten von Staaten, Institutionen, Verbänden und Unternehmen Handlungsgefüge gestalten, die sich von ihren Handlungen jederzeit subjektiv distanzieren können,³ tritt Amoralität in der internationalen Politik kategorial gar nicht in Erscheinung. Deshalb mutet die Einführung einer Kategorie wie »Schurkenstaat«, wie sie Amerika zur Unterfütterung seiner Option von Präventivkriegen (»preemptive strikes«) versucht hat, so haltlos und deplatziert an. Anders gesagt: Solange man es in Handlungszusammenhängen nicht mit persönlichen Zurechnungen und Zuschreibungen

² Im Jahr 2006 betrug in über zwanzig Staaten Afrikas das Bruttoinlandprodukt je Einwohner unter 500 US-Dollar; zum Vergleich erwirtschafteten die Deutschen 35 204 und die Amerikaner 44 190 USDollar je Einwohner (Spiegel-online in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,grossbild-991373-510917,00.html>).

³ Erving Goffman: Rollendistanz, in: Heinz Steinert (Hg.), Symbolische Interaktion, Stuttgart 1973, S. 260–279.

zu tun hat, hat Moral keinerlei Handlungsrelevanz. Deshalb können sich die Mitglieder von Gesellschaften auch dann als moralisch handelnde Personen verstehen, wenn das Gemeinwesen, das sie bilden, sich amoralisch verhält.

Das lässt die Asymmetrien in den Gleichheits- und Gerechtigkeitslagen der globalisierten Welt unauffällig und unaufregend erscheinen, und deshalb würde jemand, der sich verantwortlich für das Elend eines Menschen am anderen Ende jener Handlungskette fühlt, deren Anfang er selber bildet, in der westlichen Welt als irrational und gerade nicht als vernünftig erscheinen. Insofern ist die Wahrscheinlichkeit, dass in den begünstigten Ländern eine andere Strategie als Weitermachen-wie-üblich gewählt wird, gering.

Wem diese Lösung allerdings aus Gründen der Generationengerechtigkeit oder der Überlebensrationalität der menschlichen Gattung unakzeptabel erscheint, hat drei Handlungsalternativen, die Verhältnisse zum Besseren zu wenden, die sich nicht wechselseitig ausschließen, sondern kombiniert werden können. Die erste und beliebteste ist die Individualisierung des Problems und seiner Bewältigung. So listet ein jüngst erschienenenes Buch zum Klimawandel mit dem Titel »Die Klima-Revolution«⁴ einhundert Tipps zur Rettung der Welt auf, etwa die Kinder zum Klimaschutz zu erziehen (Tipp 10), den Geschirrspüler erst anzustellen, wenn er voll ist (Tipp 35), Fahrgemeinschaften zu bilden (Tipp 56) oder Müll zu trennen (Tipp 95), was offenbar auch etwas Gutes gegen die Klimaerwärmung ist.

Derlei Tipps stehen nicht nur in einer grotesken Relation zur Dimension des Problems, mit dem man es zu tun hat, sondern reduzieren Niveau und Komplexität der Verantwortungs- und Verpflichtungsaspekte des Klimawandels radikal, indem sie diese individualisieren. Die immer schon falsche, aber höchst suggestible Annahme, dass gesellschaftliche Veränderungen im Kleinen anfangen, wird ideologisch, wenn sie korporative und politische Akteure aus der Verpflichtung nimmt, und sie wird verantwortungslos, wenn sie behauptet, dass dem Problem mit Veränderungen auf der Verhaltensebene beizukommen sei. Wenn jährlich durch die erdölfördernde Industrie 150 bis 170 Milliarden Kubikmeter Erdgas abgefackelt werden⁵ – so viel, wie die Industrienationen Deutschland und Italien zusammen im Jahr verbrauchen – , dann wird individuelles Sparverhalten wirkungslogisch zur Fußnote.⁶ Anders gesagt: Es ist politisch unverantwortlich, den Eindruck zu erwecken, dass Probleme, die auf das ökonomische Prinzip des Wachstums durch Ressourcenvernutzung zurückgehen, durch

⁴ Anschöber/Ramsauer, Klimarevolution, (Anm. 82), S. 166 ff.

⁵ Anselm Waldermann: Profitdenken schlägt Umweltschutz, Spiegelonline, 6. 9. 2007, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,504278,00.html>

⁶ Von den Dialektiken der Schadstoffreduktion abgesehen. Als Beispiel sei hier das Distickstoffoxid genannt, das bei Biosprit anfällt und die Emissionsreduzierung beim Kohlendioxid neutralisiert.

individuelle Verhaltensmaßregeln zu lösen seien. Gewiss ist der Satz richtig, dass die sauberste Energie jene ist, die gar nicht erst verbraucht wird, aber wenn man die Emissionssteigerung in den Schwellenländern betrachtet, sieht man, dass dieser Satz keinen relevanten Ausschnitt der Wirklichkeit betrifft.

Emissionen der Schwellenländer

Schwellenländer	China	Indien	Südafrika	Mexiko	Brasilien
Gesamtemissionen 2004	5.253 Mio.t	1.609 Mio.t	453 Mio.t	487 Mio.t	905 Mio.t
(in Klammern: Veränderungen seit 1990)	(+ 48 %)	(+ 50 %)	(+ 18 %)	(+ 30 %)	(+ 35 %)
Emissionen pro Kopf	4,2 t	1,6 t	10,5 t	4,9 t	5,3 t
(in Klammern: Veränderungen seit 1990)	(+ 34 %)	(+ 25 %)	(- 1%)	(+ 9%)	(+ 18 %)

*Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung:
M02.07 CO2-Emissionen Schwellenländer*

Die psychologische Wirkung der Individualisierung der Folgen der Klimaerwärmung ist dafür umso größer. Das Problem scheint auf diese Weise in den Kontrollbereich der Einzelnen zurückgeholt. Jeder kann etwas tun, schon mit dem nächsten Starten der Spülmaschine.

Die zweite Handlungsebene ist die staatliche, auf der seit den IPCC-Berichten in vielen Ländern Aktivitäten ausgelöst worden sind – vom Klimaschutzprogramm des deutschen Umweltministers bis hin zu dem australischen Vorschlag, sämtliche Glühbirnen des Landes gegen Energiesparlampen auszutauschen. Maßnahmen zur Wärmeisolierung von Häusern führen zweifellos zur Einsparung von Energie, und das Ziel der deutschen Regierung, die CO2-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent abzusenken, ist ehrgeizig, aber gewiss problemangemessen. Auch wenn die internationalen Disparitäten in der Klimafrage und der Umstand, dass sich Emissionen und ihre Folgen nicht an Staatsgrenzen halten, nationale Lösungen hinsichtlich ihrer Wirkungen beschränken, sind sie doch hilfreich: Innovative Strategien einzelner kollektiver Akteure verändern die Verhältnisse in der Figuration, die Gesellschaften miteinander bilden, wenigstens graduell, und die Rolle des Vorreiters ist

inspirativ. Auch hier ist die psychologische Wirkung wie im Fall der individuellen Verhaltensveränderungen erheblich; Gefühle von Kontrollverlust und Handlungsohnmacht lassen sich so reduzieren. Gleichwohl sollte die systematische Begrenztheit solcher Strategien gesehen werden; zur »Klimawende« können nationale Lösungen nicht führen, weil ihr quantitativer Einfluss zu gering bleibt.

Bleibt die zwischenstaatliche Ebene, auf der die Komplexität am größten und der Kontrollverlust entsprechend am deutlichsten ist. Es gibt keine suprastaatliche Organisation, die souveräne Staaten veranlassen könnte, weniger Treibhausgase zu emittieren, als ihnen sinnvoll erscheint. Dasselbe gilt für die Verschmutzung von Flüssen, den Bau von Staudämmen, das Abholzen von Wäldern. Es gibt auch kein zwischenstaatliches Gewaltmonopol, das die staatliche Souveränität etwa bei innerstaatlichen Umsiedlungen und Vertreibungen, Enteignungen und Landnahmen oder bei Verletzungen der Menschenrechte durch rücksichtslose Umweltpolitik etc. sanktionieren könnte. Es existiert zwar eine innerstaatliche, aber keine zwischenstaatliche Gewaltenteilung; allein das Völkerstrafrecht bietet erste Ansätze zu suprastaatlichen Regulierungen, mit denen verantwortliche Akteure für Massaker, Völkermorde etc. vor internationale Gerichtshöfe bzw. -tribunale gestellt werden können.⁷ Die weitere Entwicklung supranationaler Institutionen und vor allem – wie das Beispiel der UN zeigt – ihre Ausstattung mit Sanktionsmitteln liegt in einer Ferne, die das Problem der Klimaerwärmung zeitlich nicht tangiert. Allerdings kann man die Hoffnung hegen, dass dieses Problem weitere Anstöße zur Schaffung solcher Institutionen befördert; das heutige Völkerstrafrecht hatte seinen Ursprung auch in einer sozialen Katastrophe, nämlich der nationalsozialistischen Verbrechen, die in den Nürnberger Prozessen als *crimes against humanity* definiert wurden. Gegenwärtig allerdings sind internationale Vereinbarungen im Umweltbereich auf Selbstverpflichtungen beschränkt, deren Verletzung von außen kaum sanktionierbar ist.

Deshalb lautet auch hier der Befund, dass alles gut ist, was auf der internationalen Ebene dem Klimaschutz dient, aber es ist illusionär zu glauben, dass damit bis zum Jahr 2020 das für eine Abbremsung der Erwärmung nötige Niveau an Emissionsreduzierungen erreicht werden kann. Das sind die sozialen Handlungsebenen, die nach dem gegenwärtigen Sachstand verfügbar sind. Man wird daher davon ausgehen müssen, dass das Problem des Klimawandels derzeit

⁷ Es ist allerdings die Anerkennung des Individuums als Subjekt des Völkerrechts, was die Entwicklung eines Völkerstrafrechts ermöglichte und erlaubte, einzelne Verantwortliche Politiker oder Militärs anzuklagen. Umgekehrt erlaubt erst der Angriff von Staaten gegen Individuen den Eingriff in die Souveränitätsrechte (Gerhard Werle: Völkerstrafrecht, Tübingen 2003, S. 2 ff.).

nicht lösbar ist, was bedeutet, dass die Erwärmung auch über die noch für kontrollierbar gehaltenen zwei Grad plus gegenüber dem heutigen Level hinaus fortschreiten wird.

(...)

Die gute Gesellschaft

Zunächst: Das Problem der Klimaerwärmung ist durch bedenkenlosen Einsatz von Technik entstanden, weshalb jeder Versuch, es durch weiteren, nun aber »besseren« Technikeinsatz zu beheben, Teil des Problems und nicht der Lösung ist. Da aufgrund der qualitativen und quantitativen Dimension dieses Problems de facto niemand weiß, was eine rettende Handlungsstrategie wäre, ist es gerade an dieser Stelle notwendig, vom Denken-wie-üblich abzugehen. Es ist ja gerade die Entbindung vom unmittelbaren Handlungsdruck des Reagierens auf Reize, die die menschliche Überlebensform auszeichnet und Handeln ermöglicht, weshalb Auswege aus Krisen prinzipiell die Öffnung neuer mentaler Räume erfordern. Zu schnelles Denken kann für Menschen tödlich sein, weshalb die Wahrnehmung eines überdimensionalen Problems eine Denkpause einleiten sollte, in der sich überhaupt ein mentaler Raum für die Erkenntnis öffnen kann, mit was man es hier eigentlich zu tun hat und was man überhaupt tun kann. Erst illusionslose Betrachtungen ermöglichen es, aus der tödlichen Logik der Sachzwänge auszusteigen – wie sie sich etwa in falschen Alternativen wie der zeigt, ob man nun aus Gründen des Klimaschutzes auf verbesserte Kohlekraftwerke oder doch lieber auf die Atomkraft setzt.

Das sind deshalb falsche Alternativen, weil beide Energietechnologien auf begrenzte Ressourcen bauen und beide sich hinsichtlich ihrer Folgen als unüberschaubar erwiesen haben. Die Debatte um den Klimawandel ist voll von solchen Scheinalternativen, etwa auch in der Frage, ob man Gesellschaften mit Modernisierungsrückstand dieselben Verschmutzungsrechte einräumen müsse, wie sie die frühindustrialisierten Länder unheilvollerweise hatten – was ja nur deshalb der Fall war, weil niemand sich darüber Gedanken gemacht hat. In einer heutigen Situation, *im Wissen um die Folgen* von derlei Sorglosigkeit, ist eine solche Frage lediglich noch Ausdruck künstlicher Dummheit. Es gibt gewiss bessere Gelegenheiten, über globale Gerechtigkeit nachzudenken, als ausgerechnet im Zusammenhang einer weiteren Einschränkung der Zukunftschancen der Menschen. Wenn in diesem Kontext überhaupt etwas zu diskutieren ist, dann wäre es die Frage nach einer gerechten Verteilung der Lasten, die durch eine Reduzierung des Energieverbrauchs

entstehen. Da sollten Ethikkommissionen Vorschläge erarbeiten, wie die reichen Hochtechnologieländer den Staaten mit nachholendem Modernisierungsbedarf kostenlos Technik zur Emissionsminderung oder besser -vermeidung zur Verfügung stellen können, falls man nicht überhaupt die Frage stellen mag, ob es wünschenswert ist, dass das westliche Modernisierungsniveau global erreicht wird.⁸

Zur Kategorie der falschen Alternativen zählt zweifellos auch die Frage, ob man die zahlreicher werdenden Umwelt- und Klimaflüchtlinge in Drittländern zwischenlagern oder im Meer ertrinken lassen soll; hier entfalten die Sachzwänge ihre totalitäre Logik, und es ist deutlich auszusprechen, dass diese Menschen zurückgeschickt werden oder sterben, weil man in den Schengenländern übereingekommen ist, dass man sie nicht haben will. Das ist keine moralische Aussage, sondern eine empirische. Wenn man bei sicherheitspolitischen Entscheidungen für einen solchen Umgang mit Menschen keine moralischen Dissonanzen verspürt, kann man ohne weiteres dabei bleiben, sie nicht hereinzulassen.

Ein Ausweg aus dieser Logik wäre allerdings, seine intellektuelle Kapazität nicht für die Entwicklung von möglichst human aussehenden Ausschlussstrategien aufzuwenden (und dafür erhebliche Mittel zu binden), sondern über Partizipationsmöglichkeiten nachzudenken, um die man aus demographischen Gründen in den frühindustrialisierten Ländern mittelfristig ohnehin nicht herunkommt. Warum sollten Gesellschaften, die auch künftige Herausforderungen zu bewältigen beabsichtigen, am Ideal des ethnisch möglichst homogenen Nationalstaates festhalten, der sich angesichts weiterer Modernisierungserfordernisse ohnehin als antiquiert erweisen wird?

Und wenn man schon dabei ist, nach Wegen jenseits falscher Alternativen und scheinbarer Sachzwänge zu suchen, dann könnte man das gesamte Problem des Klimawandels als ein *kulturelles* definieren und bekäme sogleich eine andere Sicht auf die Dinge. Das ist schon deshalb nahe liegend, weil der Klimawandel die Kulturen von Menschen trifft und ausschließlich im Rahmen kultureller Techniken wie Landbau, Viehzucht, Fischerei, Wissenschaft etc. wahrzunehmen ist. Ökologische Probleme sind grundsätzlich keine Probleme der gleichgültigen Natur, sondern allein der menschlichen Kulturen, die durch sie in ihrem Erhalt bedroht sind.

Also ist die Frage nach den Modi und Möglichkeiten des zukünftigen Überlebens eine *kulturelle Frage* und als solche auf die Gestaltung der eigenen Gesellschaft und Lebenswelt zu beziehen. Man kann sie ausdifferenzieren: Kann eine Kultur langfristig erfolgreich sein,

⁸ Merkwürdigerweise ändert die Kritik an der Konsum- und Medienkultur und das Registrieren aller Kollateralschäden der Modernisierung von der Fettleibigkeit von Kindern bis zur Erosion sozialer Beziehungen nichts an der Überzeugung, im Westen in der besten aller denkbaren Welten zu leben.

wenn sie auf der systematischen Aufzehrung von Ressourcen gründet? Kann sie überleben, wenn sie den systematischen Ausschluss von Folgegenerationen in Kauf nimmt? Kann eine solche Kultur modellbildend für jene sein, die sie für ihren eigenen Fortbestand gewinnen muss? Ist es irrational, wenn eine solche Kultur von außen als exklusiv und räuberisch betrachtet und deshalb abgelehnt wird?

Die Übersetzung des Klimaproblems in eine kulturelle Fragestellung und das Ausscheren aus der fatalen, oft tödlichen Logik der Sachzwänge bedeutet eine qualitative Entwicklungschance, besonders dann, wenn die Lage so krisenhaft ist wie im Augenblick. Die Fixierung auf scheinbare Sachzwänge schließt Denk- und Handlungsmöglichkeiten aus, die bei distanzierter Betrachtung ohne weiteres gegeben sind.

Hierzu vier verschiedene Beispiele: Norwegen investiert das Volksvermögen, das ihm durch die Ölvorkommen zugewachsen ist, nicht in repräsentative Infrastrukturprojekte oder die Erhöhung des Wohlstands der Zeitgenossen, sondern verfolgt eine nachhaltige Anlagestrategie, die es auch kommenden Generationen ermöglicht, den hohen Lebensstandard der Gegenwart zu erreichen und von sozialstaatlichen Leistungen zu profitieren. Dabei werden die Anlagen nach ethischen Kriterien ausgewählt – Firmen, die etwa in der Produktion von Atomwaffen engagiert sind, scheiden aus.⁹ Zugleich wird in eine klimaschonende Energieversorgung investiert. Die norwegische Gemeinde Utsira, eine Insel in der Nordsee, verfügt durch eine kombinierte Wind- und Wasserstoffanlage bereits über eine autarke Energieversorgung. Das ist ein Beispiel nachhaltigen Einsatzes volkswirtschaftlicher Mittel.

Die Schweiz hat sich bereits vor etwa zwanzig Jahren für ein Verkehrskonzept entschieden, das öffentliche Verkehrsmittel favorisiert und die Einbindung jeder Gemeinde in das öffentliche Verkehrsnetz sicherstellt. In diesem Zusammenhang wurde die Straßenbahn in Zürich wieder eingeführt, als sie in vielen deutschen Städten gerade abgeschafft wurde, und man eröffnete Bahnstrecken, während sie andernorts stillgelegt wurden. Die Schweiz weist heute das dichteste öffentliche Verkehrsnetz der Welt auf, obwohl ihre Ausgangslage dafür als Gebirgsland denkbar schwierig ist. Abgelegene Ortschaften und Seitentäler werden durch die »Postautos« angebunden. Jeder Schweizer legt im Schnitt 47 Fahrten pro Jahr mit der Bahn zurück; der EU-Durchschnitt liegt bei 14,7.¹⁰

⁹ Königliche Norwegische Botschaft: Ausschluss von Gesellschaften aus dem Staatlichen Pensionsfonds, in: <http://www.norwegen.no/policy/politicalnews/Selskaper+utelukket+fra+oljefondet.htm>

¹⁰ Siehe Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr (LITRA), Meldung v. 6.7.2004, in: http://www.litra.ch/Jul_i_2004.html

Estland garantiert den kostenlosen Internetzugang als Grundrecht. Die Vollversorgung mit Kommunikationschancen reduziert nicht nur die Bürokratie und schafft Potenziale für direktere Formen der Demokratie, sie ist auch zu einer Antriebsfeder der Modernisierung geworden, die insbesondere jüngere Gesellschaftsmitglieder anspricht.

Die Entscheidung der deutschen Bundesregierung im Jahr 2003, sich der militärischen Allianz gegen den Irak zu verweigern und dafür erheblichen außenpolitischen Druck auf sich zu nehmen, hat sich als richtig und weitsichtig erwiesen. Hier wurde ein irreversibler Fehler mit unabsehbaren Folgen für das politische Gemeinwesen der Bundesrepublik vermieden, indem auf die negative historische Rolle Deutschlands in den zwei größten Kriegen des 20. Jahrhunderts verwiesen wurde. Das ist ein praktisches Beispiel für Lernen aus der Geschichte. Diese sachlich höchst verschiedenen politischen Entscheidungen haben einen gemeinsamen Nenner: Sie weisen alle eine identitätspolitische Komponente auf. Alle vier Fälle ruhen auf der Selbstidentifizierung eines politischen Gemeinwesens, das nicht nur eine Entscheidung über ein Sachproblem fällt, sondern auch darüber, was es *sein* will: eine generationengerechte Gesellschaft im Fall Norwegens, eine Gesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern dieselbe Beweglichkeit offeriert im Fall der Schweiz, eine Republik mit egalitären Kommunikationschancen in Estland, eine lernfähige Gesellschaft, die sich verhängnisvollen Interventionspolitiken entzieht, im deutschen Fall. Diese identitätskonkrete Ebene der jeweiligen Entscheidungen enthält auch eine Selbstaussage darüber, wer man *als Norweger, als Schweizer, als Este, als Deutscher* sein und unter welchen Bedingungen man leben will, zumindest in der jeweils fraglichen Hinsicht. Und darin scheint mir etwas höchst Bedeutsames für die Frage des kulturellen Umgangs mit der Klimaerwärmung zu liegen: Denn die Frage, was nun wie zu tun ist, lässt sich überhaupt nicht verfolgen, ohne dass zunächst beantwortet würde, wie man eigentlich leben will.

Man kann diese Frage nämlich nicht *nicht* beantworten; auch das Weitermachen-wie-üblich ist eine Antwort: Sie formuliert, dass man in die Richtung weitergehen möchte, die in die Probleme hineingeführt hat, die man zu bewältigen versucht. Diese Antwort bekennt sich auch zu der Vertiefung der schon bestehenden Asymmetrien, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, wie sie der Klimawandel sowohl zwischenstaatlich wie intergenerationell mit sich bringt. Und jede Antwort schließt eine mögliche andere aus.

Wie man eigentlich in der Gesellschaft, deren Teil man ist, in Zukunft leben möchte – das ist in der Tat eine kulturelle Frage, denn sie zwingt zur Auseinandersetzung damit, wer zu dieser Gesellschaft zählen und wie Partizipation gestaltet werden soll, wie materielle und immaterielle Güter wie Einkommen und Bildung verteilt werden sollen usw. Eine

Verständigung etwa darüber, ob man den Gebrauch fossiler Energie (wie im Kohlebergbau) subventionieren möchte oder den Ausbau des Bildungssystems, ob man Arbeitsplätze in rückständigen Industrien fördert oder Potenzialität in Form von besseren Schulen – all dies sind kulturelle Fragen, die Teilantworten darauf geben, als welches Gemeinwesen man sich versteht und ob Bürgerinnen und Bürger sich selbst darin wiederfinden können. Die Antworten auf solche kulturellen Fragen können sich an dem Imperativ orientieren, ob sie *künftige Entwicklungspotenziale* einschränken oder nicht.

Die Voraussetzung für ein partizipatives und gestaltungsoffenes Gesellschaftsmodell, einer Gesellschaft im Potenzialis, ist zum einen der materielle Reichtum, über den die westlichen Länder verfügen, und die Verpflichtung, die solcher Reichtum in internationaler Perspektive impliziert. Zum anderen muss über den Tag hinaus, also *politisch* gedacht werden. Das rat- und transzendenzlose Verweilen im sinnebungsfreien Universum eines globalisierten Kapitalismus reicht da nicht hin. Das nun bedeutet, sich gerade in einer Situation der Krise selbst Visionen, Konzepte oder auch nur Ideen zumuten zu müssen, die noch nicht gedacht sind. Eine solche Lösung mag naiv klingen, ist es aber nicht. Naiv ist die Vorstellung, der fahrende Zug der fortschreitenden Zerstörung der Überlebensbedingungen sehr vieler Menschen würde seine Geschwindigkeit und Richtung verändern, wenn man in seinem Inneren gegen die Fahrtrichtung läuft. Probleme, hat Albert Einstein gesagt, können nicht mit den Denkmustern gelöst werden, die zu ihnen geführt haben. Man muss die Richtung insgesamt ändern, und dafür muss der Zug erstmal angehalten werden.